

BERICHT

Zukünfte der Biomedizinpolitik

Mascha Liening, Universität Duisburg-Essen, Meißelstraße 10, 45141 Essen
(mascha.liening@stud.uni-due.de)

Thorsten Rolik, Universität Duisburg-Essen, Vluynner-Nordring 44,
47506 Neukirchen-Vluyn (thorsten.rolik@stud.uni-due.de)

technology. However, for industry participants there remained the crucial question of how to identify an appropriate set of stakeholders and how to determine at which stage precisely such exchanges are useful. All participants agreed that incentives are needed not only for the companies but also for the stakeholders, since it is not easy to motivate civil society or policy makers to participate.

Several discussions focused on companies' need to invest more in training and capacity building in order to complement the development or provision of RRI tools. Providing employees involved in innovation processes with necessary and useful knowledge about RRI practices will allow them to take a critical stance on their work, to identify RRI issues at stake, and most importantly to understand how to choose and use the tools.

PRISMA outcomes

Industry perceives RRI as an opportunity to increase responsibility through knowledge about social and ethical aspects of their innovations. The PRISMA stakeholder dialogue events were of extreme importance to the companies, amongst other reasons because they allowed them to present their activities to a new set of stakeholders. Thus, the pilots running in the PRISMA project are enhanced by the inclusion of non-industry stakeholders, offering important insights into how innovation processes can work. An integrated roadmap summarizing the workshop outcomes will be presented and discussed in the final PRISMA stakeholder dialogue in Milan, 30–31 October 2018. The roadmap will help industries to implement RRI in their innovation processes as part of their CSR policy in order to deal with uncertain and sometimes partly unknown risks and public and ethical concerns of transformative technologies.

References

- European Union (2014): Rome declaration on Responsible Research and Innovation in Europe. European Union: Brussels.
- European Commission (2011): A renewed EU strategy 2011–14 for Corporate Social Responsibility. European Commission: Brussels.
- van de Poel, Ibo; Asveld, Lotte; Flipse, Steven; Klaassen, Pim; Scholten, Victor; Yaghmaei, Emad (2017): Company strategies for Responsible Research and Innovation (RRI). A conceptual model. In: Sustainability (Switzerland) 9 (11), pp. 1–18. DOI: 10.3390/su9112045.

Further information

The project "Piloting Responsible Research and Innovation in Industry: a roadmap for transformative technologies" (PRISMA) is a EU H2020 funded project with a duration of 3 years (2016–2019), see www.rri-prisma.eu.

Technologische Innovationen, wie die Präimplantationsdiagnostik (PID) oder die CRISPR/Cas-Methode, scheinen ein neues Zeitalter der Biomedizin einzuleiten. Verschwimmende Grenzen zwischen Erwünschtem und Unerwünschtem, Gesundheit und Krankheit, Natur und Technik reflektierte die interdisziplinäre Fachtagung „Neues aus Biopolis? – Die Politik der Biomedizin. Theoretische Reflexionen und empirische Annäherungen“. Sie wurde vom 2. bis 3. November 2017 an der Universität Duisburg-Essen von der Themengruppe „Konstruktivistische Theorien der Politik“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) organisiert. Die vielfältigen Beiträge der Tagung fragten nach der Gestaltungsfähigkeit der Politik für verbindliche Regeln in der Biomedizin, nach der Wirkmacht konkurrierender Deutungsangebote aus den Wissenschaften sowie nach Hoffnungen und Ängsten, beispielsweise in Bezug auf „Designerbabys“.

Was macht einen „gesunden“ Menschen aus?

Mit dem Begriff *Biopolis* verwiesen die Veranstalterinnen Helene Gerhards (Universität Duisburg-Essen) und Kathrin Braun (Universität Hannover) auf vielfältige Definitionen und Deutungen in den Diskursen der Biomedizin und in entstehenden Zukunftsvisionen. Kern all dieser Diskurse ist der Lebensbegriff, der im Spannungsverhältnis von Verbesserung, Schutz, Menschenwürde und Forschungsfreiheit steht. Als Maßstab für „das gute Leben“ gelten häufig umstrittene Normen und Definitionen von Gesundheit und Krankheit. Mit Definitionsmöglichkeiten des Krankheitsbegriffes beschäftigte sich Hendrik Schnitzer (Universität München) indem er Unterschiede zwischen naturalistischer und normativistischer Herangehensweise darstellte: Während im Naturalismus die Unterscheidung von „krank“ und „gesund“ (beziehungsweise „normal“ und „pathologisch“) deskriptiv durch quantifizierbare Verfahren geschehe, komme der Beobachtung von gesellschaftlichen Normen im Normativismus

This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution License CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>) <https://doi.org/10.14512/tatup.27.2.79>

die zentrale Rolle zu. Die statistische Methode des Naturalismus kritisierte Schnitzer, weil die Normalität, also das am häufigsten auftretende Merkmal, nicht unbedingt das Gesunde sein muss, wie beispielsweise Zahnkaries.

Die Definition von Krankheit als ein Zustand, der ärztlicher Handlung bedarf, impliziert laut Dana Ionescu (Universität Göttingen) Unsicherheit bei medizinischen Eingriffen ohne akuten Handlungsbedarf. Bei religiös-kulturell motivierten Eingriffen, z. B. der Vorhautbeschneidung an muslimischen und jüdischen Jungen, stehen Ärztinnen und Ärzte im Dilemma zwischen einem Eingriff ohne physiologische Notwendigkeit und ihrem Berufscredo zu heilen. Die Gesetzesentwicklungen bei der Vorhautbeschneidung in Deutschland analysierte Ionescu als Resultat

„Die Problematik liegt in den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen Subjekte nach Leistungsimperativen kategorisiert werden.“

öffentlicher und wissenschaftlicher Diskurse, in denen allerdings die Betroffenenperspektive unterrepräsentiert sei, weil sie sich anstelle einer medizinischen einer kulturell-religiösen und identitätsbezogenen Argumentation bediene.

Seckin Söylemez (Universität Duisburg-Essen) beschäftigte sich mit der diskursiven Konstruktion der Vision „gesunder Körper“ als eines der einflussreichsten Argumente in der Stammzelldebatte. Durch die Untersuchung dreier Diskursfelder (medizinisch-technischer, ethischer und juristischer Diskurs) kam er zu dem Schluss, dass Argumente des jeweils anderen Diskurses nicht anerkannt würden und die embryonale Stammzelle als paradoxes Konstrukt im Spannungsverhältnis der unterschiedlichen Diskurse entstehe.

Kritisch-engagierte Sozialwissenschaften?

Ingrid Metzler (Universität Wien) stellte CRISPR/Cas vor, ein revolutionäres Verfahren zum gezielten Editieren von Punktmutationen und sogar ganzen Genen, das bereits in der US-amerikanischen Landwirtschaft Anwendung findet und auch für biomedizinische Zwecke eingesetzt werden kann. Metzler kritisierte die Verschiebung des Konflikts im Diskurs um CRISPR/Cas innerhalb der letzten drei Jahre von einer Fokussierung auf grundsätzliche moralische und ethische Probleme hin zu Sicherheits- und Risikofragen bzgl. der Anwendungsversprechen. Sie zeichnete eine von ökonomischen Interessen geprägte Zukunftsvision, an deren Entstehen auch die Sozialwissenschaften beteiligt seien, die entweder „Expertise zum Ölen“ oder „Kritik als Sand im Getriebe“ bereitstellen, weshalb Metzler sich für kritisch-distanzierte Reflektionen ausspricht.

Eine explizit normative Herangehensweise an die Biopolitik vertrat Stefan Vennmann (Universität Duisburg-Essen). Mittels der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule wies er nach, wie z. B. bei Bewertungen in der Präimplantationsdiagnostik (PID) Begriffe wie Behinderung oder Krankheit unter dem Einfluss

kapitalistischer Wertekriterien stehen. Die PID kann naturgegebene Ungewissheiten (z. B. das Risiko schwerer Erbkrankheiten) einschränken, wodurch jedoch das ungeborene Leben nach Leistungsimperativen kategorisiert, diskriminiert und letztlich biotechnologisch selektiert werde.

Aufbauend auf der Systemtheorie nach Niklas Luhmann stellte Phillip Roth (Universität Duisburg-Essen) die These auf, dass Politik gar nicht beeinflussen könne, was Forscherinnen und Forscher im Labor als wahr und unwahr definieren. Versuche die Politik hier regulierend einzugreifen, könne sie nur intendierte Folgen als Innovation ausmachen, die sich aus Prognosen von zukünftigen Präferenzen, Werten und Normen ergeben, wodurch auch gegenwärtige Deutungsmuster geprägt würden.

Trotzdem müsse die Politik nicht-intendierte Folgen aber als Risiko beobachten und in Entscheidungen berücksichtigen. Sabine Könniger (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften) betonte, dass aus konstruktivistischer Perspektive jedoch keine Instanz – auch nicht politisch eingesetzte Ethikkommissionen – die Deutungshoheit in den umkämpften Diskursfeldern für sich beanspruchen kann.

Die interdisziplinäre Tagung „Neues aus Biopolis?“ stellte heraus, dass Definitionen des guten Lebens höchst kontingent sind und dass es Aufgabe der Sozialwissenschaften ist, den Bereich der Technikentwicklung in der Biomedizin kritisch und engagiert zu begleiten.

Weitere Informationen

Tagungswebseite:

<https://www.uni-due.de/politik/politische-theorie/konstruktivismus/events.php>